Schmalenbach IMPULSE (2026) 6: 1-8
https://doi.org/10.54585/BFET8589

GBP-Monitor: Wirtschaftspolitische Unzufriedenheit wächst bundesweit und geht mit Investitionskürzungen einher

Jannis Bischof | Philipp Dörrenberg | Amaury Krief | Davud Rostam-Afschar | Dirk Simons | Valentin Stadler | Johannes Voget*

Als langfristiges Befragungspanel analysiert das German Business Panel (GBP) die betriebswirtschaftlichen Einschätzungen und Erwartungen von Unternehmen in Deutschland.

Die erwartete Gewinnveränderung erholt sich im dritten Quartal 2026 um +1,83 Prozentpunkte von ihrem Aufzeichnungstief des Vorquartals. Mit durchschnittlich -2,76 Prozent befinden sich die Gewinnprognosen aber weiterhin klar auf Schrumpfungskurs. Gleichzeitig geht die durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit im dritten Quartal 2026 um -0,72 Prozentpunkte zurück. Dies deutet auf ein anhaltend angespanntes Marktumfeld, aber ein etwas geringeres Risiko von Unternehmensaufgaben hin. Die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik steigt im dritten Quartal leicht um +0,10 Punkte. Mit 2,26 Punkten auf einer Skala von null (sehr unzufrieden) bis zehn (sehr zufrieden) bleibt sie dennoch auf einem der niedrigsten Stände seit Aufzeichnungsbeginn.

* Prof. Dr. Jannis Bischof | Lehrstuhl für ABWL und Unternehmensrechnung | Universität Mannheim

Prof. Dr. Philipp Dörrenberg | Lehrstuhl für ABWL und Betriebswirtschaftliche Steuerlehre | Universität Mannheim

Amaury Krief | Lehrstuhl für ABWL und Unternehmensrechnung | Universität Mannheim

Prof. Dr. Davud Rostam-Afschar | Akademischer Leiter des German Business Panels | Universität Mannheim

Prof. Dr. Dirk Simons | Lehrstuhl für ABWL und Rechnungswesen | Universität Mannheim

Valentin Stadler | Lehrstuhl für ABWL und Unternehmensrechnung| Universität Mannheim

Prof. Dr. Johannes Voget | Lehrstuhl für ABWL, Taxation & Finance | Universität Mannheim

Knapp eineinhalb Jahre nach dem Amtsantritt der Bundesregierung fällt das wirtschaftspolitische Urteil in den Unternehmen kritisch aus. Bevölkerungsumfragen dokumentieren schon seit einem Jahr eine wachsende Kritik an der Regierungsarbeit. Die Daten des German Business Panel (GBP) zeigen, dass Entscheidungsträger in kleinen und mittelständischen Unternehmen die Entwicklung ähnlich beurteilen. Der Anteil der Unternehmensvertreter, die von sehr geringer Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik berichten, ist zwischen Juni 2025 und September 2026 von 26 % auf 42 % gestiegen. Damit nähert sich die Unzufriedenheit dem Stand nach dem Bruch der Ampel-Koalition. Der Rückgang der Zufriedenheit erfasst alle 16 Bundesländer in einem ähnlichen Maß. Auffällig ist die Entwicklung in der jüngsten Vergangenheit: Während die Umfragewerte von Mai 2026 bis September 2026 in den drei Bundesländern mit Wahlen im September 2026 – Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin – im Durchschnitt stark sinken (von 2,9 Punkten auf 1,8 Punkte), erholen sich im selben Zeitraum die Werte im übrigen Bundesgebiet (von 1,9 Punkten auf 2,6 Punkte). Zudem treten eine kritische Bewertung der Wirtschaftspolitik und eine schwächere Geschäftsentwicklung häufig gemeinsam auf. Wo besonders starke Unzufriedenheit vorherrscht, ist schon seit 2024 ein immer stärkerer Rückgang von erwarteten Gewinnen (2026: -6,7 %) und geplanten Investitionen (-5,1 %) zu beobachten. Dies geht mit geplanten Kürzungen etwa bei Boni, Ausschüttungen sowie Forschung und Entwicklung einher. Unternehmen, in denen stärkere Zufriedenheit herrscht, berichten demgegenüber weiterhin von Zuwächsen (Gewinne: +3,0 %, Investitionen: +5,3 %). Von der Politik fordern die befragten Unternehmensvertreter unabhängig von ihrer wirtschaftspolitischen Zufriedenheit vorrangig Steuererleichterungen sowie Entlastungen bei den Energiekosten.

1 Hintergrund: Stimmungsindikatoren im Herbst 2026

Die amtierende Bundesregierung ist seit Mai 2025 im Amt. Wie die Bevölkerung ihre Arbeit bewertet, erheben regelmäßige Umfragen wie der ARD-DeutschlandTrend. Das GBP misst parallel dazu, wie Entscheidungsträger in Unternehmen die Wirtschaftspolitik in Deutschland einschätzen - auf einer Skala von null (sehr unzufrieden) bis zehn (sehr zufrieden). In der vorliegenden Auswertung gelten gewichtete Antworten mit den Werten null oder eins als „gar nicht zufrieden", Werte ab fünf als „neutral oder zufrieden". Mehrere Auswertungen unterscheiden Unternehmen zudem danach, ob ihre Vertreter die Wirtschaftspolitik über oder unter dem Median bewerten. Da Frageformulierungen und Skalen abweichen, sind die Niveaus von Bevölkerungs- und Unternehmensbefragung nur eingeschränkt vergleichbar; die zeitliche Entwicklung lässt sich jedoch gegenüberstellen.

2 Die Unzufriedenheit in den Unternehmen wächst parallel zur Stimmung in der Bevölkerung

Seit dem Amtsantritt der Bundesregierung hat sich die wirtschaftspolitische Stimmung in den Unternehmen deutlich eingetrübt. Der Anteil der Unternehmensvertreter, die von sehr geringer Zufriedenheit berichten, ist von 26 % im Juni 2025 auf 42 % im September 2026 gestiegen. Von neutraler oder zufriedener Stimmung wird nur noch in 13 % der Unternehmen berichtet, nach 32 % im Juni 2025. Damit nähert sich die Unzufriedenheit dem Stand nach dem Bruch der Ampel-Koalition.

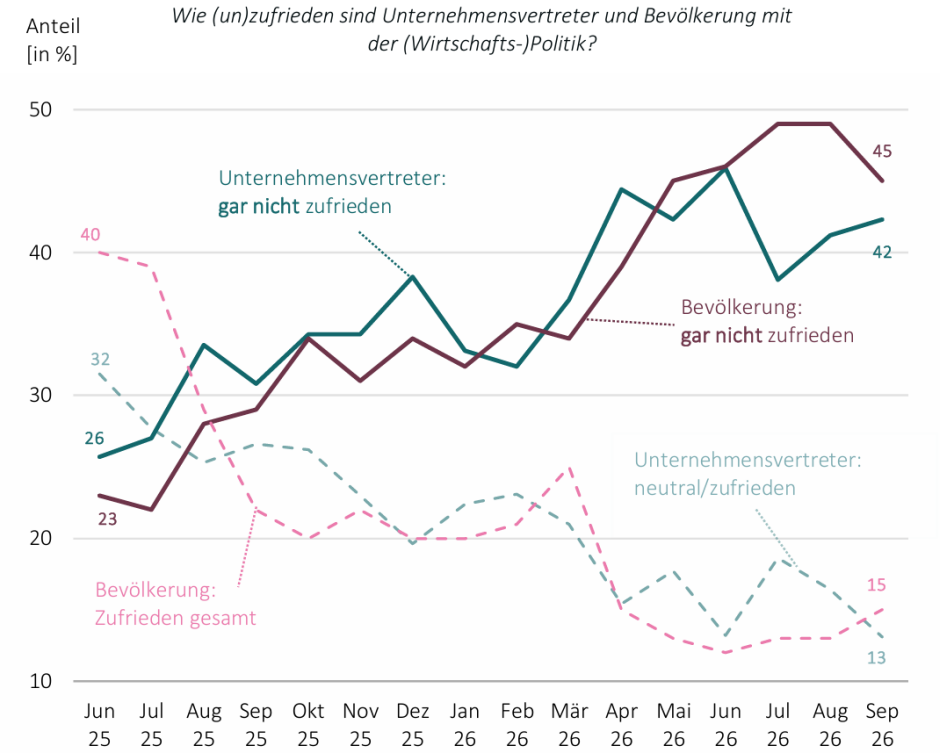


Abb. 1: Unzufriedenheit in Unternehmen entwickelt sich parallel zur Stimmung in der Bevölkerung

3 Die Zufriedenheit sinkt in allen Bundesländern, das regionale Gefälle bleibt bestehen

Zwischen der ersten Hälfte des Beobachtungszeitraums (Mai 2025 bis Januar 2026) und der zweiten Hälfte (Februar bis einschließlich 10.

Oktober 2026) ist die durchschnittliche Bewertung der Wirtschaftspolitik in sämtlichen Bundesländern gesunken – im Mittel der Länder um 0,45 Punkte. Die Spanne reicht von -0,1 Punkten in Sachsen-Anhalt bis -0,6 Punkten in Brandenburg. Die wachsende Unzufriedenheit ist damit kein regional begrenztes Phänomen.

Das regionale Gefälle bleibt dabei stabil. Die niedrigsten Werte entfallen in beiden Zeiträumen auf Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und das Saarland; in Sachsen (1,7), dem Saarland (1,8) und Thüringen (1,9) liegt die Bewertung zuletzt unter zwei Punkten. Einer einfachen Ost-West-Trennung folgt das Muster jedoch nicht. Mit dem Saarland zählt ein westdeutsches Land zu den Ländern mit den niedrigsten Werten, und Baden-Württemberg (2,1) erreicht nur das Niveau von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg; beide westdeutschen Länder sind derzeit von einem starken Strukturwandel geprägt. Berlin rangiert trotz des deutlichen Rückgangs von 2,9 auf 2,4 Punkte weiterhin im Mittelfeld.

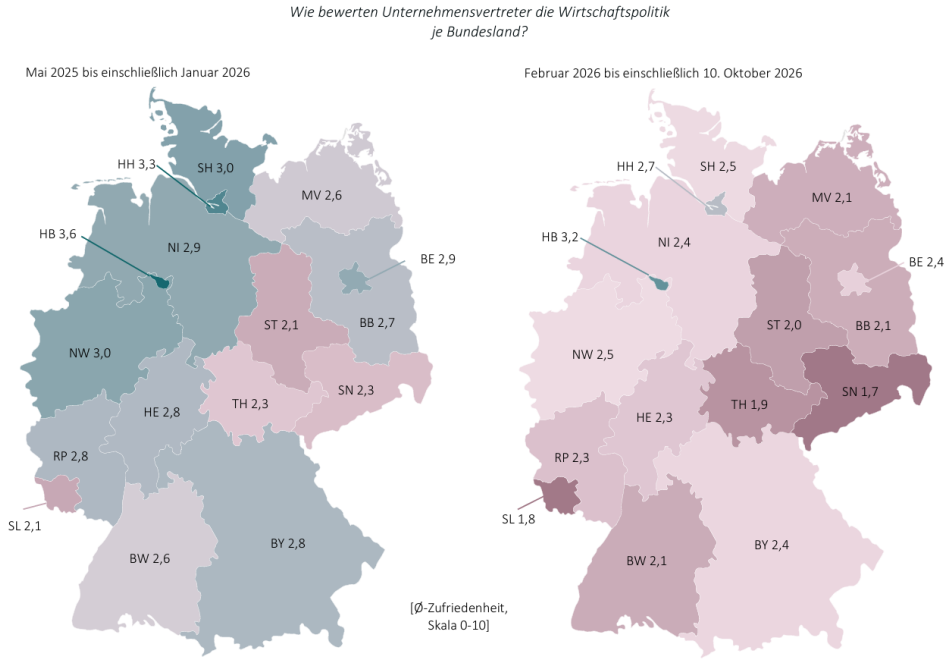


Abb. 2: Die Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik steigt seit Mai 2025 bundesweit stark an

4 In den Ländern mit Wahlen im Herbst 2026 entwickelt sich die Zufriedenheit gegenläufig zum übrigen Bundesgebiet

Besonders deutlich wird die regionale Dynamik in den drei Ländern, in denen im September 2026 gewählt wurde. Seit Mai 2026 verläuft die Entwicklung dort entgegengesetzt zum übrigen Bundesgebiet: Im gleitenden 30-Tage-Durchschnitt fiel die Zufriedenheit in den Wahlländern von 2,9

auf 1,8 Punkte; ihren Tiefstand erreichte sie jeweils um die Wahltermine. Im übrigen Bundesgebiet legte sie dagegen von 1,9 auf 2,6 Punkte zu. Die Stimmung der Unternehmensvertreter gab damit gerade im Umfeld der von Kostenthemen geprägten Wahlkampagnen nach. Dies deutet darauf hin, dass wirtschaftspolitische Wahlkampfthemen auch in Unternehmen wirken. Bundesweit geht eine geringere Zufriedenheit tendenziell zudem mit höheren Umfragewerten von AfD, BSW und der Linken einher. Dieses Muster beruht überwiegend auf dem Unterschied zwischen west- und ostdeutschen Ländern.

Wie entwickelt sich die Zufriedenheit in den Ländern mit Landtagswahlen im Herbst 2026?

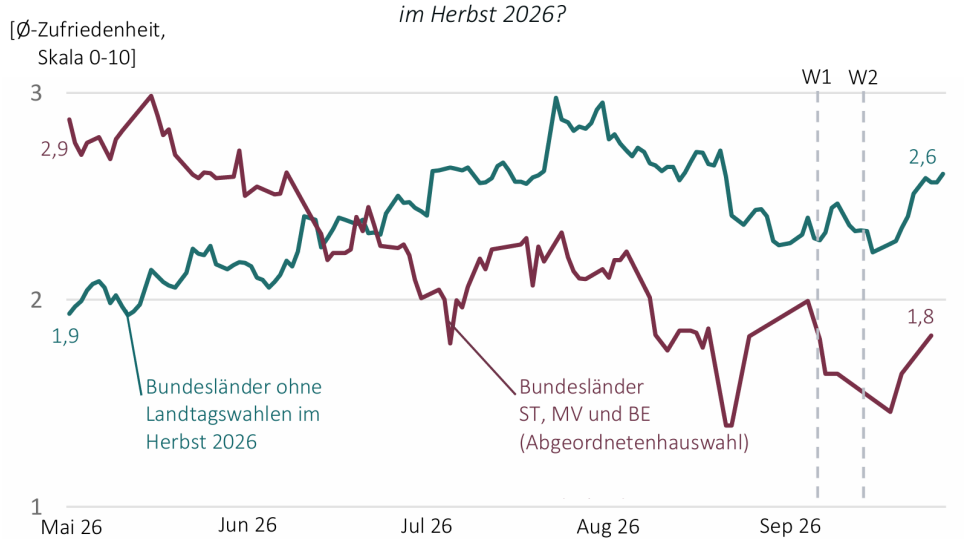


Abb. 3: Vor den Landtagswahlen sinkt die Zufriedenheit

5 Stärkere Unzufriedenheit geht mit rückläufigen Gewinnen und Investitionen einher

Die wirtschaftspolitische Stimmung hängt eng mit der wirtschaftlichen Lage der Unternehmen zusammen. Das zeigt der Vergleich der Gewinn- und Investitionsentwicklung von 2024 bis 2026, getrennt danach, ob die Unternehmensvertreter die Wirtschaftspolitik über oder unter dem Median bewerten (Daten für 2026 bis einschließlich 10. Oktober). In allen drei Jahren trennen sich die Gruppen klar. Die zufriedenere Gruppe steigert Gewinne und Investitionen im Durchschnitt, allerdings mit abnehmendem Tempo (Gewinne: von 3,8 % auf 3,0 %). In der unzufriedeneren Gruppe sind beide Größen rückläufig - und die Rückgänge verstärken sich: bei den Gewinnen von 3,5 % (2024) auf 6,7 % (2026), bei den Investitionen von 1,9 % auf 5,1 %. Der Abstand zwischen den Gruppen vergrößert sich damit von 7,3 auf 9,7 Prozentpunkte (Gewinne) und von 8,9 auf 10,4 Prozentpunkte (Investitionen).

Gewinn- und Investitionsentwicklung nach Zufriedenheit in den Unternehmen

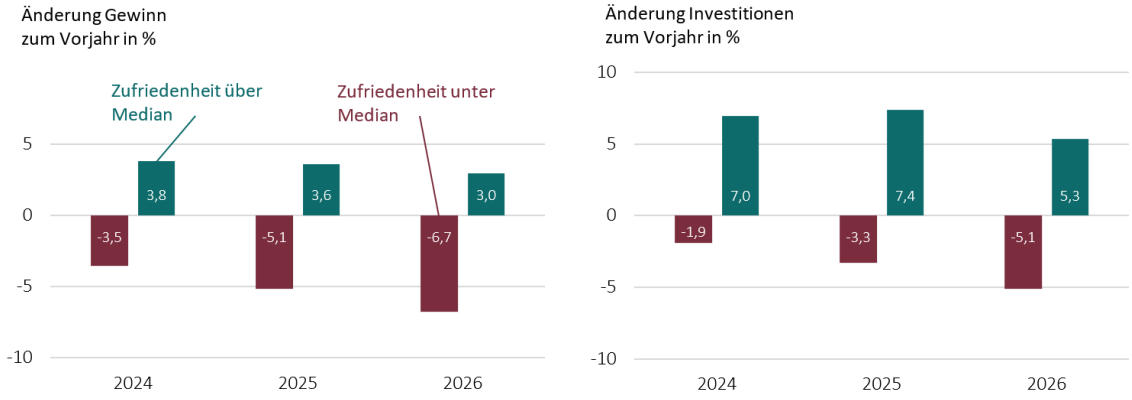


Abb. 4: Gewinn- und Investitionsentwicklung von Unternehmen und wirtschaftspolitische Zufriedenheit

6 Kürzungen werden in der unzufriedeneren Gruppe deutlich häufiger geplant, Erhöhungen ähnlich häufig

Ein entsprechendes Bild zeigen die Planungen für die kommenden zwölf Monate. In der unzufriedeneren Gruppe sind Kürzungen durchweg häufiger geplant: bei Boni (34 % gegenüber 18 %), bei Auszahlungen an Eigentümer (36 % gegenüber 19 %) und bei den Fixkosten (30 % gegenüber 16 %) jeweils etwa doppelt so häufig, bei Forschung und Entwicklung (15 % gegenüber 5 %) dreimal so häufig. Bei den geplanten Erhöhungen liegen beide Gruppen dagegen nah beieinander: Preiserhöhungen planen 53 % der unzufriedeneren und 55 % der zufriedeneren Gruppe. Nur bei der Eigenkapitalquote plant die zufriedenere Gruppe seltener eine Erhöhung (8 % gegenüber 13 %).

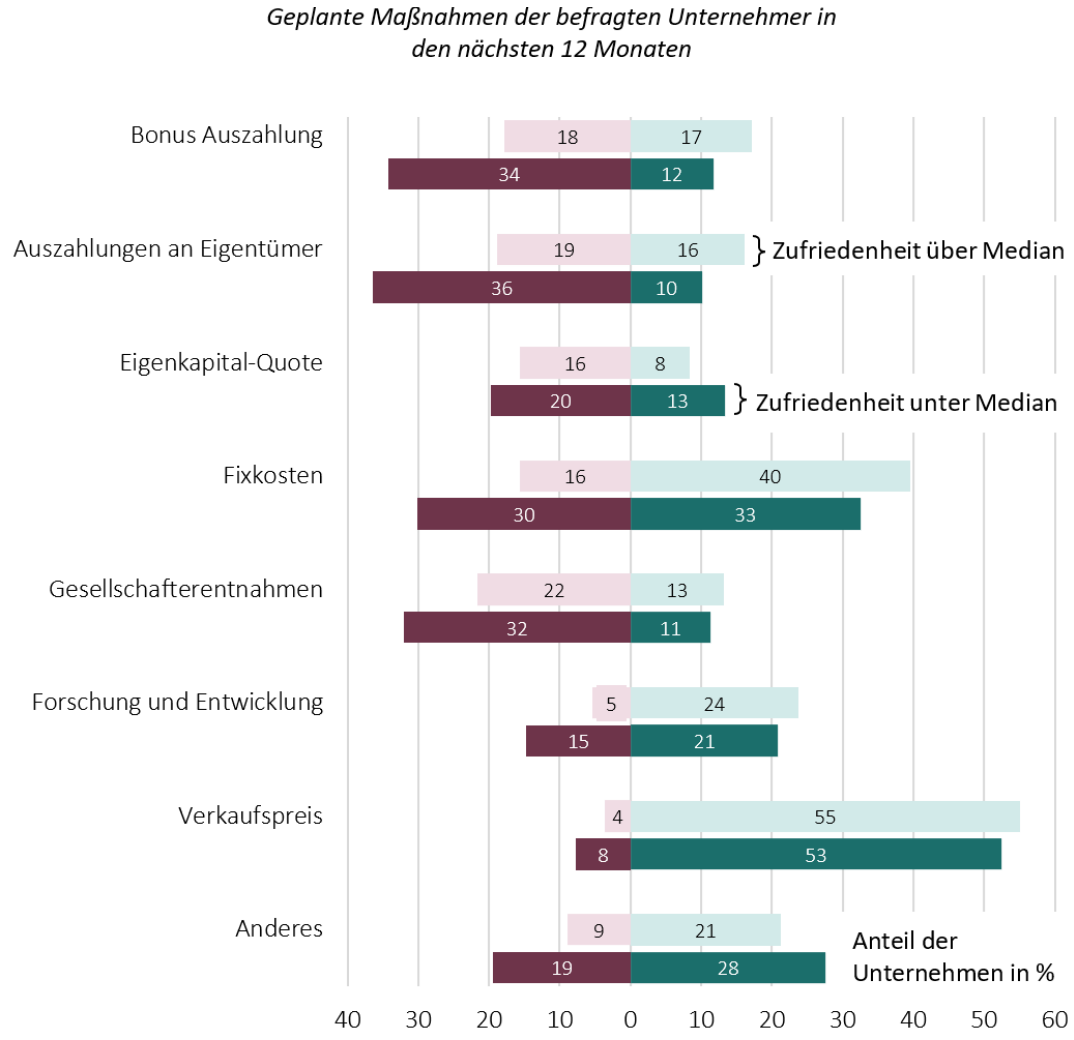


Abb. 5: Geplante Maßnahmen der befragten Unternehmer in den nächsten 12 Monaten

7 Steuererleichterungen und Energiekostenzuschüsse werden am häufigsten gefordert

Unabhängig von der Zufriedenheit richten die Befragten ähnliche Erwartungen an die Politik. Steuererleichterungen fordern 64,9 % der unzufriedeneren und 56,2 % der zufriedeneren Gruppe, Zuschüsse zu den Energiekosten 52,3 % beziehungsweise 55,9 % (Mehrfachnennungen möglich). Deutlicher unterscheiden sich die Gruppen bei sonstigen Maßnahmen (22,2 % gegenüber 10,9 %). Keine staatliche Unterstützung benötigen nach eigener Angabe 13,5 % der zufriedeneren und 9,8 % der unzufriedeneren Gruppe.

Ob sich die Stimmung mit den im dritten Quartal leicht verbesserten Kennzahlen stabilisiert, werden die kommenden Befragungswellen zeigen.

Geforderte staatliche Unterstützungsmaßnahmen nach Zufriedenheit

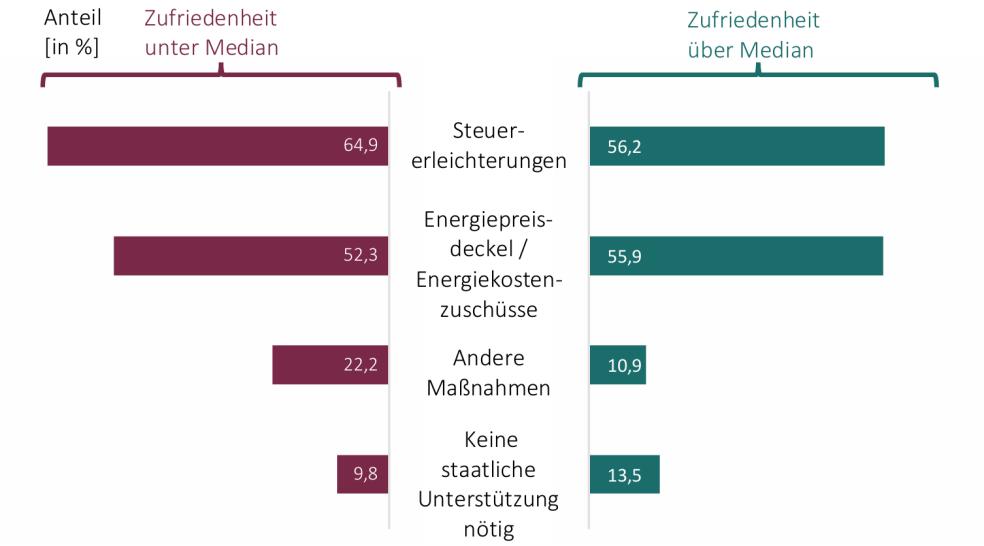


Abb. 6: Steuersenkungen und Entlastungen bei Energiekosten werden am häufigsten gefordert